

DIE WELT

Studium für eine moderne Verwaltung

VON GERHARD HAASE-HINDENBERG

Schon seit geraumer Zeit sehen sich Beamte und Angestellten im öffentlichen Sektor mit Aufgabenstellungen konfrontiert, die noch eine Generation zuvor weitgehend unbekannt waren. Bürokratieabbau galt lange als Utopie, Private-Public-Partnerships führten zu neuen Schnittstellen von öffentlichem und privatem Sektor, E-Government zwingt Verwaltungsangestellte, sich mit ständig neuem technischen Know-how bekannt zu machen. Alles zusammen erfordert ganz einfach eine neue Denkweise in Rathäusern und Ministerien.

Längst haben Hochschulen wie die Technische Universität in Braunschweig oder die Verwaltungshochschule Speyer ihr Lehrangebot den neuen Erfordernissen angepaßt. Nun bietet auch die Ruhr-Universität in Bochum ab dem kommenden März einen berufsbegleitenden Studiengang für Bewerber an, die bereits mindestens achtzehn Monate Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung vorweisen können.

Der Studiengang „Modernes Verwaltungsmanagement“ soll einerseits mit innovativen Controllingkonzepten vertraut machen, Fragestellungen des Projektmanagements erörtern und sich mit der Implementierung neuer Technologien in Arbeits- und Organisationsprozessen beschäftigen. Andererseits aber werden auch Umsetzungsprobleme von Zielvereinbarungen im Mittelpunkt stehen und die Ausgestaltung von Private-Public-Partnerships und den damit in Verbindung stehenden neuen Rechtsfragen. Der Studiengang wird in enger Kooperation mit der „Forschungsstelle für Verwaltungsrechtsmodernisierung und Vergaberecht“ entwickelt, die bereits seit Anfang letzten Jahres an der juristischen Fakultät der Ruhr-Uni existiert.

Da es sich bei dem zweijährigen Masterprogramm um einen berufsbegleitenden Studiengang handelt, wird er modular aufgebaut sein. Das „gecoachte Selbststudium“ schreibt pro Modul jeweils sechs Präsentveranstaltungen mit einem Umfang von vier bis sechs Stunden vor. Der erbrachte Zeitaufwand kann vom Arbeitgeber als Überstundenabbau angerechnet werden. Wer schließlich nach einem aufwendigen Auswahlverfahren einen der 40 Plätze erhält, muß pro Semester eine Gebühr von 1000 Euro bezahlen. Bewerbungsschluß ist bereits am 15. November.



Weitere Informationen

www.law.rub.de